

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 9 15 20-0
Telefax: 886 848 ppbn
Telefax: (02 28) 9 15 20-12

Inhalt

Manfred Opel MdB zu den widersprüchlichen Aussagen aus dem Regierungslager zum Einsatz der Bundeswehr: Die kurzen Beine der Somalia-Informationen.

Seite 1

Bernd Saxe MdL zur Diskussion über die weitere Ausstrahlung von Werbespots der politischen Parteien durch die öffentlich-rechtlichen Rundfunk- und Fernsehanstalten: Die Funktion der Wahlwerbung neu bestimmen.

Seite 2

Joachim Poß MdB zu den Bemühungen von FDP-Ministern, mit finanzpolitischen Vorschlägen die Öffentlichkeit auf sich aufmerksam zu machen: Bemüht, das Sommerloch zu füllen.

Seite 3

Dr. Hans-Jochen Vogel MdB zum Tode des US-Anklägers im Nürnberger Prozeß, der bis zuletzt vor dem Vergessen warnte: Im Sinne Robert Kempners die Demokratie stärken.

Seite 4

48. Jahrgang / 155

17. August 1993

Die kurzen Beine der Somalia-Informationen

Zu den widersprüchlichen Aussagen aus dem Regierungslager zum Einsatz der Bundeswehr

Von Manfred Opel MdB

Mitglied des Verteidigungs-Ausschusses des Deutschen Bundestages

Vor dem Bundesverfassungsgericht erklärten die aus Beirut Huen und vom UNO-Sitz in New York eilends eingeflogenen Auskunftspersonen der Bundesregierung, man brauche die Bundeswehr ganz rasch in Somalia. Sonst könne die ab Mitte Juli eintreffende indische Brigade nicht versorgt werden. Und ohne deren Einsatz werde das gesamte UNOSOM II-Konzept gefährdet.

Das Minister-Duo Kinkel und Rüge bekräftigte diese Mär vor dem Bundestag und dessen Ausschüssen.

Wie von der SPD bereits damals zutreffend bewertet wurde, war es allein aus praktischen Gründen nicht möglich, daß die Inder zu dem vorgesehenen Zeitpunkt in Somalia sein konnten. Das hat sich nunmehr bestätigt. Es gab also tatsächlich nie den von der Regierung ins Feld geführten Zeitdruck. Er wurde künstlich erzeugt. Die Inder lassen schon über einen Monat auf sich warten. Kosten für die Bundeswehr: 30 Millionen DM! Und noch ist nicht gewiß, ob überhaupt, wann und wieviel Inder wohin kommen.

Minister Rüge erklärte gegenüber dem Verfassungsgericht, die Bundeswehr werde sechs Monate eingesetzt. Von einer möglichen Verlängerung war nicht nur nicht die Rede, sondern sie wurde gar nicht für möglich erachtet. Doch schon wenig später mußte sich Rüge korrigieren. Er sprach abwechselnd von einem Jahr oder gar eineinhalb Jahren.

Auf eine entsprechende Anfrage mußte die Bundesregierung jetzt kleinlaut einräumen, daß sie praktisch bis zum bitteren Ende durchhalten muß, falls die UNO das will. Und daß sie will, dürfte bei der Finanzlage der Weltorganisation wohl kaum in Zweifel stehen.

Rüge kann also, anders als bisher großmündig behauptet, die deutschen Soldaten schon allein aus praktischen Zwängen während der Somalia-Aktion nicht zurückholen.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217, 53113 Bonn
Postfach 12 04 08, 53048 Bonn

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50 mit
Zuzügl. MwSt. und Versand.

Veröffentlicht durch
den Deutschen Pressedienst
Bonn



Den "humanitären" Charakter der deutschen Somalia-Aktion versucht Rühe damit zu unterstreichen, daß die deutschen Soldaten nur zur reinen Selbstverteidigung berechtigt seien. Selbst ihren militärischen Primärauftrag der Unterstützung von UN-Truppen dürften sie nicht mit der Waffe durchsetzen. Er hat hierzu sogar entsprechende Befehle erlassen.

Umso erstaunlicher ist nun die Erklärung des CDU-Generalsekretär Hintze, der am Sonntag in fraprierender Offenheit von sich gab, die "Verteidigung des Auftrages" beschreibe nichts anderes als die pure Selbstverständlichkeit.

Was gilt denn nun? Rühes Befehl und die Aussage in Karlsruhe oder die Kehrtwendung des Kohl-Intimus Hintze?

Eines wird hiermit überdeutlich: Die Verantwortlichen für den Somalia-Einsatz suchen einen Ausweg aus dem Netz der Selbstverstrickung. Denn nichts, buchstäblich nichts an der den Karlsruher Richtern aufgetischten Geschichte vom humanitär-unterstützenden gefahrlosen Einsatz an der Seite der kämpfenden UNO-Soldaten hält den Tatsachen stand.

Im Interesse unserer Soldaten muß man fordern, daß die Regierung endlich ehrlich argumentiert und nicht weiter auf unsicheren Grundlagen folgenreiche Entscheidungen trifft.

Die für die Bundestags-Entscheidung vom 2. Juli 1993 zugrundegelegten Bedingungen sind nur noch schemenhaft zu erkennen.

(-/17. August 1993/rs/ks)

Die Funktion der Wahlwerbung neu bestimmen

Zur Diskussion über die weitere Ausstrahlung von Werbespots der politischen Parteien durch die öffentlich-rechtlichen Rundfunk- und Fernsehanstalten

Von Bernd Saxe MdL

Medien-Experte der SPD-Fraktion im Landtag von Schleswig-Holstein

Ein Verzicht auf die Ausstrahlung von Wahlwerbesendungen der politischen Parteien durch die öffentlich-rechtlichen Rundfunk- und Fernsehanstalten ist durchaus vorstellbar. Einerseits wäre es unerträglich, weiterhin hinnehmen zu müssen, daß rechtsextreme Gruppierungen wie DVU oder Republikaner ihre abstrusen Gedanken zur besten Sendezeit über den Äther schicken dürfen, andererseits muß die Frage gestattet sein, ob denn die bisher üblichen Werbesendungen der demokratischen Parteien tatsächlich gebracht haben, was sich manche womöglich von ihnen versprochen haben: Keine Bürgerin und kein Bürger dürfte sich durch das Betrachten eines Werbespots zur Stimmabgabe für eine bestimmte Partei bewegen lassen.

Die Funktion von Wahlwerbung in den elektronischen Medien sollte für die Zukunft neu bestimmt werden. Die in der Regel nur wenige Minuten dauernden Spots sind wohl kaum geeignet, umfassend über die komplexe Programmatik der einzelnen Parteien zu informieren.

Die Funktion dieser Beiträge liegt vielmehr in der Verbreitung des Wissens um eine bevorstehende Wahl und ihrem genauen Termin sowie in der Erzeugung von Aufmerksamkeit für dieses wichtige Datum in einem demokratischen Staat. Und: Wahlsports in den elektronischen Medien sollten einen Appellcharakter haben, zum Mitmachen auffordern, zur Stimmabgabe ermuntern. Die Verantwortung der und des Einzelnen zur Mitgestaltung der Demokratie sollte die eigentliche Botschaft sein.

Wenn sich die öffentlich-rechtlichen Anstalten zur Ausstrahlung solcher parteiennutraler Spots entschließen könnten, wären die bisher gesendeten Wahlwerbesendungen der politischen Parteien in der Tat verzichtbar. Wünschenswert wäre es natürlich, wenn auch die privaten Veranstalter aus staatsbürgerlicher und staatspolitischer Verantwortung heraus, sich bereitfänden, diese neutralen Beiträge auch im Rahmen ihrer Programme zu verbreiten.

(-/17. August 1993/rs/ks)

Bemüht, das Sommerloch zu füllen

Zu den Bemühungen von FDP-Ministern, mit finanzpolitischen Vorschlägen die Öffentlichkeit auf sich aufmerksam zu machen

Von Joachim Poß MdB
Finanzpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

Offensichtlich hat die FDP beschlossen, mit allen Mitteln das Sommerloch zu füllen. Hauptsache es werden Meldungen produziert. Ob die Äußerungen und Vorschläge seriös oder sachgerecht sind, darauf kommt es den "kompetenten" Wirtschaftsfachleuten der FDP nicht an. An die Spitze der Schwätzer von der FDP hat sich der Bundeswirtschaftsminister Rexrodt gestellt.

Sind seine Vorschläge und Medienauftritte das Gehalt eines Bundeswirtschaftsministers wert? Das ist eine legitime und notwendige Frage.

Jetzt hat der FDP-Politiker Rexrodt das Aufgabengebiet des Bundesfinanzministers als seine neue Spielweise entdeckt. Rexrodt fordert, der Bund müsse mit Hilfe des Finanzausgleichs Länder und Gemeinden zur Privatisierung drängen. Damit dokumentiert Rexrodt seine fehlende Sachkenntnis. Denn: Es ist völlig unsinnig, Privatisierung und Finanzausgleich verbinden zu wollen! Natürlich ist Rexrodt die Antwort schuldig geblieben, wie denn diese beiden Politikbereiche gesetzestechisch in Verbindung gebracht werden können.

Mann kann gespannt sein, ob der Bundesfinanzminister die Sommerlochvorschläge seines Kabinettskollegen von der FDP offiziell aufnehmen wird. Denn für die von Rexrodt gewollten Änderungen des Länderfinanzausgleichs, des Haushaltsgrundsätzegesetzes und der Bundeshaushaltsordnung ist nicht der Bundeswirtschaftsminister, sondern der Bundesfinanzminister innerhalb der Bundesregierung zuständig. Aber ist überhaupt zu erwarten, daß der Bundesfinanzminister auf diesen Sprücheklopfer von der FDP, den "würdigen" Nachfolger der FDP-Wirtschaftsministerriege Bange- mann, Hausmann, Möllemann reagieren wird? Es sieht nämlich so aus, als ob die Verbindung von Länderfinanzausgleich und Privatisierungsideologie eine Wahlkampfmaschine der FDP ist.

Denn auch Rexrodts Partei- und Länderkollege, Herr Brüderle aus Mainz, singt dieselbe Arie. Brüderle hat vor wenigen Tagen den absurden Vorschlag gemacht (siehe "Die Welt" vom 9. August 1993), den politischen Druck auf die Länder zu einer Privatisierung ihres Vermögens durch eine Änderung des Finanzausgleichs zu fördern. Dieser FDP-Wirtschaftsminister schlug vor, die Erlöse der Länder aus Privatisierung nicht in die Berechnung des Länderfinanzausgleichs einzubeziehen. Nur, was Brüderle abschaffen will, das gibt es gar nicht: In dem Finanzausgleichsgesetz ist eine solche Regelung nicht enthalten und eine Anrechnung findet selbstverständlich auch nicht statt. Sie wäre auch völlig systemwidrig, da es sich um einmalige Einnahmen handelt, während der Finanzausgleich nach ständiger Verfassungsrechtsprechung einen Ausgleich bei den laufenden Einnahmen bewirken soll und kann.

Fazit: Wenn ein solch unseriöses und krampfhaftes Füllen des Sommerlochs durch die FDP-Minister schon die Qualität des Wahlkampfs erkennen läßt, dann werden wir von diesen geschwätzigen Wirtschaftsfachleuten der FDP noch einiges mit begrenztem Unterhaltungswert zu erwarten haben.

(-/17. August 1993/rs/ks)

Im Sinne Robert Kempners die Demokratie stärken

Zum Tode des republikanischen Juristen, der bis zuletzt vor dem Vergessen warnte

Von Dr. Hans-Jochen Vogel MdB

Mit Robert M. W. Kempner ist ein Mann dahingegangen, in dessen Lebenswerk sich die jüngere deutsche Geschichte in ganz besonderer Weise spiegelt. Als einer aus der kleinen Schar republikanisch und demokratisch gesinnter Beamter während der Weimarer Republik hatte er als Justiziar der Polizeidirektion im preußischen Innenministerium schon vor 1933 entschiedene rechtliche Maßnahmen gegen Hitler und seine Partei gefordert und vor der - so der Titel einer seiner damaligen Publikationen - heraufziehenden 'Blutjustiz des Dritten Reiches' gewarnt. Schweres Unheil wäre unserem Volk und der Welt erspart geblieben, wenn seine Vorschläge und seine Warnungen Gehör gefunden hätten. Immerhin hat Kempner mit seinen Denkschriften und Publikationen die Ausflüchte derer widerlegt, die sich nach dem Ende der Gewaltherrschaft mit der Behauptung zu rechtfertigen suchten, man habe nicht erkennen können, was da heraufzog.

Gestützt auf seine Detailkenntnisse hat er - mittlerweile amerikanischer Staatsangehöriger - 1945 als stellvertretender Ankläger wesentlich am Prozeß gegen Göring und andere Hauptverantwortliche des NS-Regimes mitgewirkt. Ebenso hat er sich in zahllosen anderen Verfahren darum bemüht, der Gerechtigkeit Genugtuung zu verschaffen. Sei es, daß er Opfer der Gewaltherrschaft zur Rehabilitation und zur Wiedergutmachung verhalf, sei es, daß er Schuldige aufspürte und der gerechten Strafe zuführte.

Noch wichtiger aber war ihm, das Geschehene vor dem Vergessen zu bewahren. Dieser Aufgabe widmete er seine unermüdete publizistische Tätigkeit bis in die letzten Jahre seines Lebens. Dabei trieb ihn die Sorge, unser Volk könne in diesem Jahrhundert ein zweites Mal durch rechtsextreme Parolen in Versuchung geführt werden.

Alle, die es mit der Bewahrung unseres demokratischen Rechtsstaates ernst meinen, werden die Lücke, die Robert Kempners Tod gerissen hat, schmerzlich empfinden und ihm ein ehrendes Andenken bewahren. Aber das allein wird nicht genügen. Sie werden vielmehr ihre Anstrengungen verstärken müssen, damit in seinem Sinne dem Vergessen entgegengewirkt und die Demokratie gestärkt wird.

(-/17. August 1993/rs/ks)

Für uns ist es nur ein Brief...

... für sie das Überleben

Immer noch werden Frauen, Männer und Kinder in zahlreichen Ländern Opfer von staatlichem Machtmißbrauch und Menschenrechtsverletzungen. Sie werden willkürlich inhaftiert, gefoltert oder zum Tode verurteilt.

Tausende von Menschen rund um den Erdball helfen schon durch einen Brief an Regierungen, die die Menschenrechte verletzen. In vielen Fällen werden gewaltlose politische Gefangene freigelassen, grausame Folterungen gestoppt und Hinrichtungen verhindert.

Auch in Deutschland brauchen wir aktive Mitglieder, die sich für die Wahrung der Menschenrechte einsetzen.

Schreiben Sie uns. Wir informieren Sie, wie Sie sich an unseren Aktionen beteiligen und was Sie sonst noch für den Schutz der Menschenrechte tun können. (Bitte 4 Mark Rückporto in Briefmarken beifügen.)

ai amnesty
international
Für die Menschenrechte

amnesty international, 53108 Bonn
Spendenkonto 80 90 100
BIC Dufsbu33 (BLZ 380 601 90)
Stichwort: "Wer mitmacht..."

Wer mitmacht, hilft gegen Unmacht.